

Währungsunion: „Wir wollen nicht, dass der Euro auseinanderbricht“

Badische Zeitung vom 03.06.09

Auch wenn zwei Menschen verheiratet sind, kann es passieren, dass in einer Krise einer der Partner wieder aus dem Bund ausscheidet oder es zumindest erwägt. Ähnliches gilt für Europas Währungsunion. In den vergangenen Monaten waren die Zinsdifferenzen für zehnjährige Staatsanleihen innerhalb der Eurozone so groß, dass befürchtet wurde, dass eines der schwachen Euro-Länder aus der Währungsunion austritt. Allein, dass man darüber spricht, zeigt, in welcher schlechter Verfassung sich der Euro-Raum befindet.

"Die Gefahr besteht, dass ein Land aus dem Euro-Verbund ausscheidet", glaubt der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel. Der CDU-Europaabgeordnete Andreas Schwab sieht die Gefahr eines Austritts sogar bei mehreren Euro-Ländern gegeben. Denn Länder wie Griechenland, Spanien, Italien oder Österreich sind stark verschuldet.

Werden Staaten als besonders schwach eingeschätzt, steigen die Zinsen, die sie für ihre Anleihen bezahlen müssen. Während Deutschland in den Ratings für zehnjährige Staatsanleihen die Bestnote AAA erhält, bekommt Griechenland derzeit nur ein A-. Das heißt, Griechenland muss in der Krise noch höhere Zinsen bezahlen, um sich zu finanzieren. Dabei müsste der Staat in Zeiten der Wirtschaftskrise eigentlich die Konjunktur ankurbeln und Investitionen fördern. Faktisch ist das Land dazu aber nicht in der Lage, weil das Haushaltsloch immer größer wird.

Hätte Griechenland noch die Drachme, könnte das Defizitland seine Währung abwerten und so die griechischen Produkte im Ausland billiger machen. Kurzfristig wäre das Land dann wettbewerbsfähiger. Mittel- bis langfristig würde aber eine hohe Inflation entstehen. Hickel: "Über eine Abwertung kann sich das Land nicht aus dem Sumpf der Krise ziehen."

Es gibt keine Blaupause für den Fall der Pleite

Ökonomen halten es auch aus anderen Gründen für unwahrscheinlich, dass ein Land den Euro aufgibt und die eigene Währung wieder einführt. "Die Kosten der Umstellung wären viel zu groß", sagt Hickel. Zudem überwiegen die Vorteile des Euro. So sichert die Europäische Zentralbank eine niedrige und stabile Inflationsrate. Auf Unternehmensebene sind mit Einführung des Euro die Wechselkursschwankungen und damit die Währungsrisiken weggefallen. Und für die Verbraucher machte die gemeinsame Währung die Preise vergleichbar und das Reisen einfacher.

Hans Martens, Geschäftsführer des European Policy Center in Brüssel, schätzt, dass es den Euroländern ohne Euro deutlich schlechter gehen würde. "Würden einige Länder ihre Währungen abwerten, hätten diese viel höhere Zinsen", sagt Martens. Und damit auch eine höhere Inflation. Doch was macht ein schwaches Land wie Griechenland, wenn es vor der Pleite steht? "Für diesen Fall gibt es keine Blaupause", sagt Rudolf Hickel. Wenn ein Staat der Euro-Zone bankrott ist, dann besagt die sogenannte Bailout-Klausel, dass kein Land verpflichtet ist, einem anderen zu helfen – streng genommen kann Euroland Griechenland Pleite gehen lassen. Doch das ist ziemlich unwahrscheinlich. Würde ein schwaches Land wie Griechenland etwa aus

der Euro-Zone austreten, würde das zu einer tiefen Vertrauenskrise und weltweit zu einem Akzeptanzverlust des Euro führen.

"Wir wollen nicht, dass der Euro auseinanderbricht", sagt der CDU-Europaabgeordnete Andreas Schwab. "Wenn Griechenland pleite geht, würde Deutschland freiwillig helfen." Die Frage ist nur wie. Jean-Claude Juncker, Vorsitzender der Euro-Gruppe, brachte den Vorschlag einer Euro-Anleihe ein, einer von der Euro-Zone gemeinsam ausgegebenen Anleihe. Der Vorteil: Länder wie Griechenland, Spanien oder Italien könnten sich günstiger finanzieren. Der Nachteil: Die Finanzierung der soliden Staaten würde sich verteuern. Denn Länder mit ausgezeichneter Bonität wie Deutschland und Frankreich müssten höhere Zinsen bezahlen als bisher. Der Vorschlag ist daher erst mal vom Tisch.

Ein Europäischer Währungsfonds könnte helfen

Andreas Schwab räumt einem anderen Vorschlag, der auch in Bankenkreisen begrüßt wird, mehr Chancen ein: Um Staaten bei Zahlungsschwierigkeiten auszuheilen, könnte nach dem Vorbild des Internationalen Währungsfonds (IWF) ein EWF, ein Europäischer Währungsfonds eingerichtet werden. "In diesen Fonds könnten zunächst die reichen Ländern und nach der Krise die schwächeren Länder eine Grundeinlage einbezahlen", sagt Schwab. Aus dem Fonds können dann marode Staaten gegen Auflagen einen Kredit erhalten. Vor der Bundestagswahl am 27. September, so Schwab, wird dies aber kaum umgesetzt werden. Und bis dahin hat vielleicht der Euro-Raum die größte Belastungsprobe bereits überstanden. Man sagt ja, dass Krisen Ehepartner auch enger zusammenschweißen können. Vielleicht gilt dies auch für die 16 Mitgliedsländer der Europäischen Währungsunion.